

II-3437 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1704/J

A n f r a g e

1985 -11- 06

der Abgeordneten Kraft  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Landesverteidigung  
betreffend Verlängerung des Zivildienstes.

Der Wehrsprecher der FPÖ hat wiederholt erklärt, daß er für die Verlängerung des Zivildienstes eintrete. Eine ebensolche Erklärung liegt auch seitens des Verbandes der sozialistischen Offiziere und Beamten des Bundesheeres vor.

Diese Stellungnahmen erscheinen angesichts des derzeit in parlamentarischer Behandlung stehenden Volksbegehrens (683 d. Beilage), welches auf eine Verlängerung des ordentlichen Zivildienstes von 8 auf 14 Monate gerichtet ist, außerordentlich bemerkenswert und lassen die Frage gerechtfertigt erscheinen, welche Haltung der Minister jenes Ressorts einnimmt, das von den Folgen des Zivildienstes (Minderung der Zahl der Wehrdiener) unmittelbar betroffen ist.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

A n f r a g e

1) Teilen Sie die Auffassung des Wehrsprechers Ihrer Partei, daß der Zivildienst verlängert werden soll?

2) Wenn ja:

- a) Teilen Sie diese Auffassung unter dem Gesichtspunkt der Erzielung
  - aa) von mehr Wehrgerechtigkeit?
  - bb) von mehr Opfergleichheit?
  - cc) einer geringeren Attraktivität, sich von der Wehrpflicht befreien zu lassen?

- 2 -

- b) Soll der verlängerte ordentliche Zivildienst betragen:
  - aa) 14 Monate? oder
  - bb) einen anderen (welchen?) Zeitraum?
- 3) Wenn nein:
  - a) Weshalb nicht?
  - b) Welche anderen Möglichkeiten stellen Sie sich vor, um die bestehenden Benachteiligungen der Wehrdiener gegenüber den Zivildienstern auszugleichen?